



Ohne Streik mehr Geld

Es gibt Berufsgruppen, die nicht streiken müssen, um mehr Geld zu bekommen. Erhöhungen erfolgen automatisch, auch wenn es dafür natürlich festgelegte Berechnungsformeln gibt. Ohne Streik gibt's mehr Geld für Rentner, Bürgergeldempfänger und Bundestagsabgeordnete. Mit den Beamten beschäftigen wir uns nicht in diesem Beitrag, weil sie ein Sonderfall sind.

Mit 735 Abgeordneten ist der Bundestag die größte frei gewählte nationale Parlamentskammer der Welt. Die einkommensteuerpflichtige Vergütung beträgt seit dem 1. Juli 2023 monatlich 10.591,70 Euro. Laut Grundgesetz hat der Abgeordnete einen Anspruch auf eine angemessene, seine Unabhängigkeit sichernde Entschädigung zu erhalten, die der Bedeutung seines besonderen Amtes und der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden. Hinzu kommt eine Pauschale von 5.051,54 Euro, wovon alle Ausgaben bestritten werden müssen, die zur Ausübung des Mandates anfallen: vom Wahlkreisbüro über den zweiten Wohnsitz in Berlin bis hin zum Büromaterial im Wahlkreis sowie Kosten der Wahlkreisbetreuung. *Quelle: Deutscher Bundestag*

Wie die **Frankfurter Rundschau** berichtete, sollen ab Juli, nach Berechnungen des **Bundes der Steuerzahler**, die so genannten Diäten um monatlich 635,50 Euro erhöht werden, das sind sechs Prozent und damit deutlich weniger als alle anderen Arbeitnehmer in den laufenden Verhandlungen schon bekommen haben oder noch fordern.

Leider gibt es auch einige wenige Abgeordnete, die meinen, ihre Bezüge durch Korruption verbessern zu müssen. Dazu empfehlen wir in der ARD-Mediathek den Politthriller und die Dokumentation „**Am Abgrund**“, die sich mit unglaublichen Vorkommnissen in und um Aserbaidschan beschäftigen. Es geht um Einzelfälle, von denen aber jeder einer zu viel ist.

Rainer Holznagel, Chef des Steuerzahlerbundes, erhebt regelmäßig in der RTL-Show „**Mario Barth deckt auf**“ den Finger und zeigt auf Steuerverwendungen des Staates. Holznagel forderte der **Deutschen Presseagentur** gegenüber, die Abschaffung der automatischen Anpassung der Abgeordnetenbezüge. „*Mit diesem Vollautomatismus findet keine Diskussion, keine Aussprache oder Erklärung der Abgeordneten im Bundestag gegenüber der Bevölkerung statt*“, beklagte der BdSt-Präsident. Klingt toll, ist aber reiner Populismus.

Würde es bei jeder Diätenerhöhung eines Gesetzes bedürfen, das im Bundestag lang und breit diskutiert werden müsste, fände am Ende eine Abstimmung statt, in der die Abgeordneten sich selbst mehr Geld genehmigen. Genau, um dieses Bild zu vermeiden, hat man den aktuellen Weg gewählt. Und das ist vernünftig, erspart es uns doch das scheinheilige Gemjammer von Rechts und Links mit ihrer Zurschaustellung der Ablehnung jeglicher Erhöhung.

Natürlich hat **Civey** mal wieder die Menschen befragt, rund 5.000 online. Das Ergebnis ist keine Überraschung: 4,3% sagen zu einer Erhöhung eindeutig richtig, 3,2% eher richtig, 3,5% sind unentschieden, 8,2% sagen eher falsch und 80,4% eindeutig falsch. Nein, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist nicht eindeutig falsch, sondern eindeutig richtig, dass auch die Bezüge der Abgeordneten angepasst werden.

Durch die vielen Talk-Shows von „**hart aber fair**“ über **Markus Lanz**, **Maybrit Illner** und **Sandra Maischberger** bis **Caren Miosga** entsteht ein falsches Bild über die Abgeordneten, von denen die überwiegende Zahl sehr engagiert und aufwendig arbeitet, 24/7, und nicht nur pseudoklug schwätzt.

Erstmals wird es in diesem Jahr eine Rentenanpassung geben, die in Ost und West gleich hoch ist. Wann war die Wiedervereinigung? Und warum hat das so lange gedauert? Vermutlich werden es in diesem Jahr 3,5 Prozent sein, die die Rentner mehr bekommen. Ein Betrag, der durch höhere Miet- und Betriebskosten sowie Preissteigerungen in allen Bereichen pulverisiert wird. Aber immerhin, besser als nichts.

Die 21 Millionen Rentner müssen mit ihren Rollatoren keine Straßen blockieren und sich nirgendwo festkleben. Sie erhalten ihre Erhöhung automatisch, aufgrund der so genannten Rentenanpassungsformel, gekoppelt an die Entwicklung der Bruttolöhne. Schon am 6. März berichteten wir, dass Sozialminister **Hubertus Heil** (SPD) die Rentenerhöhung fest zugesagt und Kürzungen ausgeschlossen hat.

Schön wäre es, wenn alle, die sich derzeit noch in Tarifverhandlungen befinden, endlich einigen und uns nicht weiter belästigen würden. Das wird, was die Deutsche Bahn betrifft, ein frommer Wunsch bleiben. Die GDL forderte von der Bahn ein neues Angebot bis Sonntagabend 18:00 Uhr. Zwar lud die DB die GDL zu weiteren Gesprächen ein, legte aber kein Angebot vor. Konsequenz: Streik ab Dienstag.

Ed Koch